Iran in der Krise

Hans-Georg Wieck

Juni 2010

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit den Stimmen der Veto-Mächte China und Russland am 9. Juni 2010 härtere Sanktionen gegen den Iran beschlossen. Die internationale Staatengemeinschaft demonstriert Solidarität gegenüber den Machthabern in Teheran, die auf die Herstellung eigener nuklearer Waffen hinarbeiten. Die internationale Solidarität schwächt ein Regime, dessen Präsident Ahmadinedschad vor einem Jahr - im Juni 2009 – im Wege gefälschter Wahlen im Amt bestätigt wurde. Mit eindrucksvollen Demonstrationen stellte die landesweite Opposition am Jahrestag der Wahlen ihre Stärke und Entschlossenheit unter Beweis. Iran befindet sich in einer tiefgehenden Staatskrise. Das Regime reagiert mit Todesurteilen gegen die Opposition und mit internationaler Selbstisolierung.

Gibt es Wege aus der Krise? Was lehrt uns die Geschichte des Landes?

Das Mullah-Regime in der Defensive

Die Präsidentschaftswahlen 2009 in Iran sind massiv gefälscht worden. Mit Unterstützung des angesehenen Herausforderers und früheren Ministerpräsidenten Moussavi haben die Massenproteste gegen den zum Sieger erklärten bisherigen Präsidenten Ahmadimeshad das Land und die Führungsschichten tief gespalten. In letzter Instanz wurde mit Zustimmung des geistlichen Führers Khameini die Oppositionsbewegung blutig und im Wege einer harschen Strafjustiz mit einer Reihe von brutalen, politisch motivierten Todesurteilen gegen Teilnehmer an den Protesten niedergeschlagen. Langfristig handelt es sich um einen Pyrrhus-Sieg des Regimes. Das Land bleibt zutiefst gespalten. Die vielfältig zusammen gesetzte politische und geistliche Opposition zum Regime bleibt eine ständige Herausforderung für das herrschende Regime.

Vor mehr als dreißig Jahren war das quasi laizistische Regime der Pahlewi-Dynastie, das in Verbindung mit der angestrebten Modernisierung des Landes offen gegen die Mullahs Stellung bezogen hatte, aber im Lande mit rigoroser Härte regierte, von der Welle der gegen das Camp David-Abkommen zwischen den USA, Ägypten und Israel von 1979 gerichteten Re-Islamisierungskampagne im Nahen und Mittleren Ostens gestürzt worden.

Der Schah hatte mit der forcierten Industrialisierung die Landbevölkerung verarmen lassen und sie sowie die verarmte Stadtbevölkerung in den Slumgebieten der Städte in die Arme der Mullahs getrieben. Das undemokratische Schahregime hatte auch ein politisches Zusammengehen der Kommunisten, Nationalisten und Demokraten mit der islamischen Opposition ausgelöst.

Hinter der Fassade des autoritären Regimes des Schahs und der Mullahs pulsieren heute wie damals persische Kultur, Zivilisation und Pluralität, ja Modernität, die auf demokratische Selbstbestimmung, gesellschaftliche Transparenz und Rechtssicherheit, also auf demokratische Regeln für freie Wahlen für das Amt des Staatspräsidenten und für das Parlament drängt. Die Affinitäten mit der modernen Türkei sind unübersehbar. Diese

Grundströmungen werden in Meinungsumfragen erkennbar, die von unabhängigen Instituten unternommen werden.

Der Iran im Visier der Großmächte

Es ist nicht zu übersehen, dass die Entwicklung demokratischen Staats- und Gesellschaftsstrukturen im Iran in erheblichem Umfang von den internationalen Konflikten und Rivalitäten, in die der Iran seit Jahrzehnten verwickelt ist, überlagert und verdrängt wird. Die in Ansätzen in den zwanziger Jahren eingeleitete politische Parallelentwicklung zur laizistischen Türkei unter Atatürk – initiiert vom Pahlewi-Schah Reza – sollte wie im Fall der Türkei zu einer gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Modernisierung des Landes in Anlehnung an europäische Staatsideen führen.

Das Land geriet wie schon im ersten Weltkrieg auch im Kontext des zweiten Weltkriegs in den Strudel der widerstreitenden Interessen der strategisch und wirtschaftlich in diesem Raum rivalisierenden Mächte: Deutschland, Sowjetunion, Großbritannien und den USA. Nach seiner strategischen Ausschaltung im zweiten Weltkrieg kehrte Deutschland in den fünfziger Jahren als bedeutender wirtschaftlicher Partner an den Persischen Golf zurück. Der schwache Shah Mohammed Reza Pahlewi – Sohn des 1941 aus dem Iran von den Engländern und Russen ausgewiesenen und 1943 in Ägypten verstorbenen Begründers der Pahlewi-Dynastie - verbündete sich nach dem zweiten Weltkrieg mit den USA und Großbritannien, um den sowjetischen Einfluss aus dem Norden des Landes über die Grenzen zurückzudrängen. Das gelang.

Die Kehrseite dieses Bündnisses, dessen weiterer strategisch relevanter Rahmen mit dem Bagdad-Pakt von 1955 (Central Treaty Organisation) zwischen der Türkei, dem Irak (bis 1958), dem Iran und Pakistan sowie den Garantiemächten Großbritannien und den USA geschaffen wurde, stellte die Herausbildung eines autoritären Schah-Regimes dar, das die Modernisierung, zum Beispiel die Landreform („Weiße Revolution 1962“) „von oben“ gegen die demokratischen Tendenzen in der Führungsschicht des Landes, gegen den schiitischen Klerus und gegen die historisch gewachsene ethnischen Pluralität des Landes, also im Verordnungswege und mit Hilfe des Geheimdienstes SAVAK sowie der Armee durchzusetzen versuchte.

Die islamische Revolution des Ayatollah Khomeini und die Folgen

Im Windschatten des 1977 von US Präsident Jimmy Carter herbeigeführten Camp David-Abkommens zwischen den USA, Israel und Ägypten und der aus anderen Gründen sich vollziehenden Entfremdung zwischen den USA einerseits sowie der Türkei (wegen des Zypern-Konflikts), Pakistan (Nukleare Frage) und mit dem Iran (Menschenrechtsfrage) andererseits brach das Schah-Regime im Januar 1979 unter der Wucht des vom Ajatollah Khomeini propagierten islamischen Fundamentalismus und dessen temporären Bündnisses mit der demokratischen, auch links orientierten Opposition im Lande und im Ausland zusammen. Der Schah wurde als Lakai der USA und die USA wurden als Totengräber der iranischen Nation und seiner islamisch geprägten Kultur disqualifiziert. Im Weg des Medienterrors werden heute die in der persischen Geschichte verankerten liberalen politischen und gesellschaftlichen Tendenzen ge-„deckelt“, unter anderem die aus dem 19. Jahrhundert stammende islamische Reformbewegung der Bahai-Religion und die legitime Forderung nach Nutzung der Nukleartechnologie für die Energieerzeugung, also die nichtmilitärische Nutzung missbraucht, um die Grundlagen für eine Nuklearmacht Iran zu schaffen.

Die nuklearen Aspirationen des Präsidenten Ahmademidschad

Die strategische Lage des Iran ist prekär. In den Nachbarstaaten Irak, Pakistan und Afghanistan und im Persischen Golf sind die USA als sicherheitspolitischer Stabilisator, in Israel als Garantiemacht engagiert. Nuklearpotenziale gibt es allenthalben. Das islamistisch-fundamentalistische Regime fühlt sich innen– und außenpolitisch bedroht – durch den Demokratisierungsdruck von Innen, den der Westen mit Sympathie verfolgt, und durch die westliche Androhung von ernst zu nehmenden Sanktionen, um den Bau von Nuklearwaffen und der dazu gehörenden Trägersysteme zu verhindern. Teheran reagiert mit einer aggressiven Außenpolitik, um antiamerikanische und anti-israelische Tendenzen im nahöstlichen Raum zu schüren. Die Unterstützung der terroristischen Organisationen Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gazastreifen, und die Israels Existenz in Frage stellende aggressive Rhetorik Teherans gehören zur Tagesordnung der iranischen Außenpolitik. Gelegentlich werden aber auch Kompromisslösungen in die internationale Debatte eingebracht, wie jüngst mit der Formel „leicht angereichertes Uran gegen Brennstoff“, eine Formel, die zum Inhalt einer Verständigung zwischen Iran, der Türkei und Brasilien wurde. Die Türkei und Brasilien – derzeit Mitglieder des VN-Sicherheitsrates - weigerten am 9. Juni 2010 ihre Zustimmung zum Sanktionsbeschluss dieses wichtigen VN-Gremiums. Dem heutigen Iran mangelt es an Glaubwürdigkeit für die die von Zeit zu Zeit in die internationale Debatte eingeführten iranischen Kompromissformeln. Die Frage bleibt im Raum stehen, ob es sich bei der jüngsten Initiative von Teheran vielleicht doch um mehr als ein Ablenkungsmanöver handelt, also um einen Versuchsballon zur Anbahnung seriöser Verhandlungen.

Bewegung könnte in das Geschehen kommen, wenn es in geheim gehaltenen Kontakten um einen politischen Kompromiss zwischen den der US Administration von Barak Obama und Iran ginge, der u.a. die überprüfbare Beschränkung des Nuklearpotenzials des Landes auf nicht-militärische Zwecke – wie in dem auch vom Iran ratifizierten Nichtverbreitungsvertrag der Vereinten Nationen festgelegt – zum Inhalt haben müsste. Mit dem Verzicht auf die Förderung der Terroristischen Organisationen Hizbollah und Hamas könnten die Voraussetzungen für eine internationale Aufwertung des Ajatollah-Regimes geschaffen werden, die sich auf eine substantielle Verbesserung der internationalen Stellung des Landes und seiner wirtschaftlichen Perspektiven übertragen würde. Eine solche Perspektive spielte ohne Frage im Wahlkampf des Präsidentschaftskandidaten und früheren geistlichen Führers Moussavi eine erhebliche Rolle.

Die Beurteilungen der westlichen Geheimdienste, wann ein iranisches Nuklearpotenzial militärisch operationell einsatzfähig sein könnte, schwanken erheblich von einander ab und bestätigen damit, dass verlässliche Informationen nicht vorhanden sind, sondern Schlussfolgerungen von den geheimen Nachrichtendiensten auf der Grundlage lückenhafter Erkenntnisse gezogen werden. Schon oft sind unzureichend überprüfte Erkenntnisse politisch missbraucht worden, zum Beispiel bei der Begründung des amerikanisch-britischen Angriffs auf den Irak im Jahre 2003. Das kann sich wiederholen.

Vom heutigen Regime und seinen handelnden Personen können wir meines Erachtens bestenfalls eine Politik erwarten, die darauf gerichtet ist, alle Bestandteile einer eigenen Nuklearwaffenkapazität im Geheimen bereit zu halten, die Waffen aber bis auf Weiteres nicht zusammen zusetzen, sie also nicht operationell zu machen , wie es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte hindurch auch von Indien und Pakistan gehandhabt wurde. Die internationale Isolierung des Landes und seine offene Frontstellung gegen Israel und den Westen blieben

bestehen – begleitet von der Hoffnung des Regimes, ungeachtet weitergehender VN-Sanktionen im Wege der Zusammenarbeit mit Russland und China die an großer Arbeitslosigkeit leidende Wirtschaft des Landes weiter aufbauen und modernisieren zu können. Die Drohung einer möglichen iranischen Nuklearwaffe bliebe im Raume, ohne allerdings eine akute Gefahr für irgendein Land darzustellen. Diplomatischer, politischer Handlungsspielraum für „konstruktive Kompromisse“ bliebe bestehen.

Diese Spielräume sind immer wieder auszuloten. US-Präsident Obama hat diesen Spielraum wiederholt angesprochen. Er ist ein Axiom der US-Außenpolitik dieser Tage. Es ist nicht ohne Bedeutung, dass dieser Ratschlag auch von erfahrenen Strategen und Internationalisten wie Zbigniew Brzezinski („Außenansicht“, Süddeutsche Zeitung 05.05.2010) und Dominique Moisi („2010 et le defi iranien“; Le Monde, Datum….2010) gegeben wird. Im Raum steht aber auch die Forderung des iranischen Exilpolitikers Abu-I--Hasan Banisadre, dem ersten frei gewählten Präsidenten nach der Revolution (Januar bis Juni 1980), der als Repräsentant des demokratischen Flügels der Schah-Opposition nur vorübergehend in das islamisch-fundmentalistische Staatskonzept des Ajatullah Khomeini passte: Er fordert vom Westen die Unterstützung der demokratischen Opposition im Lande und lehnt ein taktisches bedingtes Zusammengehen des Westens mit dem heutigen Regime im Iran, zum Beispiel zur Stabilisierung des Irak ab (World Security Network Newsletter – 08.03.2010).

Ein Iran in der Position einer potentiellen Nuklearmacht würde die schon vom Schah Mohammed Reza Pahlewi unternommenen Versuche wieder aufnehmen, sich regional als Vormacht zu etablieren, die sich – im Unterschied zum letzten Schah - nicht als ein verlängerter Arm der Vereinigten Staaten geriert, sondern sich regional mit dem Drängen anderer Staaten auf Selbstbestimmung verbinden könnte, was immer das im einzelnen bedeuten mag. Es könnte beispielsweise die Vernetzung der beteiligten Länder mit Öl- und Gas-Pipelines bedeuten (Iran-Pakistan-Indien). Die Entwicklungen im Irak und in Afghanistan, die Stärkung der islamistischen Tendenzen in Zentralasien und im Kaukasus sind nicht ohne Bedeutung und Interesse für einen selbstbewusst auftretenden, wenn auch in der Nuklearfrage international isolierten oder eingedämmten Iran.

Der Iran stellt ohne Frage einen der Gefahrenherde des Mittleren und Nahen Osten dar. Der Iran ist aber auch Teil der Lösung bei einer auf die Stabilität, den Wohlstand und den Frieden in diesem krisengeschüttelten Raum gerichteten Strategie der Staatengemeinschaft. Diese Perspektive mag heute als eine Quadratur des Kreises erscheinen, aber das muss angesichts der innenpolitischen Krisensituation des Landes nicht so bleiben.

Berlin, Juni 2010